



## **Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln**

An den  
Vorsitzenden des  
Rates

Manfred Rouhs

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

**AN/1322/2007**

### **Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	08.11.2007

### **Finanzierung der geplanten DITIB-Großmoschee in Ehrenfeld**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, die folgende Anfrage in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen und zu beantworten:

Die politische Zeitschrift „Cicero“ hat kürzlich ein Interview mit der Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek veröffentlicht. Dabei ging es u.a. um die Finanzierung der in Ehrenfeld geplanten DITIB-Großmoschee. Dazu äußerte Frau Kelek:

„Die Moschee in Köln soll 25 Millionen Euro kosten. 7,5 Millionen sind EU-Mittel. Um den Rest aufzubringen, müßte jeder der behaupteten 100.000 Muslime in Köln und Umgebung pro Kopf 175 Euro spenden. Wer's glaubt, wird selig. Die DITIB, der Bauherr der Moschee, ist ein Ableger der mächtigen und finanzstarken türkischen Religionsbehörde und die hat im Moment 800 Beamte hierher entsandt. Der Etat dieser Behörde ist nach dem des Militärs der höchste Posten im türkischen Haushalt. Für mich ist der Bau der Kölner Moschee keine Frage von Religionsfreiheit und auch kein Zeichen der Integration. Sie ist die Botschaft des türkischen Staatsislam in Deutschland.“

Dazu fragt die Fraktion pro Köln an:

1. Welche Informationen liegen der Verwaltung über die Pläne zur Finanzierung des DITIB-Großmoschee-Projektes in Ehrenfeld vor?
2. Sind diejenigen Darstellungen zutreffend, nach denen der Bau mit 7,5 Millionen Euro aus EU-Mitteln – also größtenteils deutschen Steuergeldern – subventioniert werden soll?

3. Falls ja, auf welcher Rechtsgrundlage?
4. Falls ja, warum hat die Verwaltung die Öffentlichkeit bislang über die geplante Verwendung von Steuergeldern für den Großmoschee-Bau beispielsweise in der Bürgeranhörung in diesem Sommer nicht informiert?
5. Welchen Anteil hat nach den Erkenntnissen der Verwaltung der türkische Staat an den geplanten Finanzierungs-Beiträgen?

gez. Manfred Rouhs